

Stadträtin/Stadtrat:

Herr Otmar Bonacker
Herr Robert Botthof
Herr Karl-Heinz Digula
Herr Helmut Hahn
Herr Bernt Klapper
Frau Olga Schmitt
Herr Bernd Zink

Bürgermeister:

Herr Christian Somogyi

Anwesend sind:

Herr Klaus Estor
Herr Reinhard Estor
Herr Adolf Fleischhauer
Frau Stefanie Lütt
Frau Bianca Schlote
Herr Wolfgang Trautwein

Entschuldigt fehlen:

Herr Frank Bonacker
Herr Werner Hesse
Herr Stephan Klenner
Herr Frank Hille
Frau Ulrike Quirnbach
Herr Michael Feldpausch
Herr Ludwig Bachhuber
Herr Thomas Berle

Schriftführer:

Herr Peter Schunk

Von der Verwaltung:

Herr Volz, FB 4
Herr Hütten, FB 4
Frau Kirchner, FB 4

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
Kenntnisnahmen
- 2.1 Leerrohre bei Straßenbauvorhaben; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 28.10.2013 (eingegangen am 28.10.2013)
Vorlage: CDU/2013/0007
- 2.2 Erwerb von Anteilen der E.ON-Mitte; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 29.10.2013 (eingegangen am 29.10.2013)
Vorlage: SPD/2013/0005
- 3 Hochwasserschutzdeich Schweinsberg;
hier: Präsentation der Ergebnisse der Sicherheitsprüfung des Hochwasserschutzdeiches in Schweinsberg
Vorlage: FB4/2013/0104
Beschlüsse
- 4 Klimaschutzteilkonzept für die kommunalen Liegenschaften von Stadtallendorf, Energetische Untersuchung kommunaler Nichtwohngebäude
Vorlage: FB4/2013/0082
- 5 Mitteilungen
- 6 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Nils Runge eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Mitglieder des Fachausschusses 3 und des Magistrats, an der Spitze Herrn Bürgermeister Somogyi, weiterhin den Stadtverordnetenvorsteher und seine Stellvertreter sowie von der Verwaltung Herrn Hütten, Herrn Volz, Frau Kirchner und den Schriftführer, Herrn Schunk. Zu Tagesordnungspunkt 3 begrüßt er darüber hinaus den Ortsbeirat Schweinsberg.

Abschließend begrüßt er Herrn Rinde von der Oberhessischen Presse.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen, Einwände ergeben sich nicht. Er kündigt an, zunächst TOP 3, dann Top 2 und danach TOP 4 und die weiteren zu behandeln.

Der Antrag der CDU-Fraktion bzgl. Möglichkeiten für Mountainbiker wird in der Sitzung nicht behandelt, da er bereits im FA II ausführlich behandelt wurde.

Anmerkung der Verwaltung:

Dieses Protokoll folgt abweichend von der tatsächlichen Behandlung der in der Einladung angegebenen Reihenfolge der Tagesordnungspunkte.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Zu 2.1 Leerrohre bei Straßenbauvorhaben; Antrag gem. § 14 der GO der CDU-Fraktion vom 28.10.2013 (eingegangen am 28.10.2013) Vorlage: CDU/2013/0007

Herr StV Dziuba verweist auf die bestehende Breitband GmbH. Es ergebe sich ein immer größerer Bedarf für Glasfaserkabel. Deswegen sei die Verlegung von Leerrohren bei ohnehin anstehenden Straßenbaumaßnahmen sinnvoll.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 2.2 Erwerb von Anteilen der E.ON-Mitte; Antrag gem. § 14 der GO der SPD-Fraktion vom 29.10.2013 (eingegangen am 29.10.2013) Vorlage: SPD/2013/0005

Herr StV Philipp Hesse erläutert für seine Fraktion den Antrag. Betreffend den Rückkauf der Anteile der Eon stünden nunmehr die Verhandlungen über die Verteilung der Kommunalanteile an. Daher sei eine Positionierung der Stadt Stadtallendorf notwendig. Der von der CDU-Fraktion angekündigte Änderungsantrag könnte mit aufgenommen werden. Frau StV Schaub erläutert diesen Änderungsantrag, stimmt aber ansonsten dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Magistrat wird beauftragt, sich bei den Verhandlungen der Kommunen über einen Erwerb von Anteilen der E.ON-Mitte AG dafür einzusetzen, dass die Regelungen den Erwerb eines größtmöglichen Anteils für die Stadt Stadtallendorf zulassen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist frühestmöglich über die Möglichkeiten und Kosten eines solchen Erwerbs zu informieren, um dann den Beschluss über Durchführung und Umfang des Erwerbs zu treffen.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 3 Hochwasserschutzdeich Schweinsberg; hier: Präsentation der Ergebnisse der Sicherheitsprüfung des Hochwasserschutzdeiches in Schweinsberg Vorlage: FB4/2013/0104

Herr Schäfers vom Büro Sönnichsen und Partner stellt anhand eines Vortrages die Ergebnisse des Gutachtens zum Zustand des Hochwasserschutzdeiches vor.

Herr Ortsvorsteher Fleischhauer geht auf die Belastung des Deiches bei einem hundertjährigen Hochwasser ein. Nach der Berechnung im Gutachten müsste demnach das Wasser bis 60 cm unter der Deichkrone stehen. Bei dem Hochwasser im Jahre 2011 stand es aber nach Auffassung des Ortsvorstehers nur 30 cm unterhalb der Krone. Herr StV Metz hält die Annahme der 24-stündigen Höchstbelastung für sehr niedrig angesetzt. Außerdem fragt er, ob die Wurzeln im nördlichen Teil des Deiches entfernt werden müssen. Herr Schäfers beantwortet

die Fragen dahingehend, dass der Wasserstand anhand der vorliegenden Daten der zuständigen Behörde ermittelt wurde. Bei den Wurzeln gehe es nicht nur um das Problem des Verrottens, sondern auch um die Möglichkeit, dass diese von Tieren angenagt würden.

Herr Schäfers erläutert weiter auf eine entsprechende Frage von Herrn StV Lang, dass die Bemessungsabflüsse ständig aktualisiert und somit möglichen klimatischen Veränderungen angepasst würden.

Herr Stadtrat Hahn weist darauf hin, dass am Deich Kirschbäume mit drei Meter tiefen Pfahlwurzeln stehen. Einer dieser Bäume sei bereits umgefallen, andere seien hohl. Herr Schäfers gibt an, dass man den Sachverhalt kenne. Pfahlwurzler seien weniger gefährlich, kranke Bäume brächen vorwiegend am Stamm.

Herr StV Philipp Hesse fragt nach, wie lange der Damm mindestens halten könne. Herr Schäfers gibt allerdings an, dass er ohne Bodengutachten dazu keine Aussage treffen könne.

Herr Ortsvorsteher Fleischhauer weist auf den Auftrag an die Verwaltung hin, den Zustand des Deiches zu überprüfen. Er habe Sorge, dass Bäume umkippten. An der niedrigsten Stelle der Deichkrone stünden drei Buchen. Wenn bei der früher stattgefundenen Deichbegehung gleich Maßnahmen ergriffen worden wären, gäbe es heute keine Probleme.

Herr Reinhard Estor (OB Schweinsberg) weist darauf hin, dass an einigen Stellen die Grasnarbe fehle, dies lasse darauf schließen, dass der Unterhaltspflicht nicht ausreichend nachgekommen worden sei. Daraus ergebe sich eine Haftung für den Unterhaltspflichtigen. Herr Bürgermeister Somogyi sieht derzeit durchaus Handlungsbedarf. Man könne allerdings nicht ohne weiteres Bäume entfernen. Zurzeit finde ein Kronenrückschnitt statt, um die Gefahr des Umstürzens zu verringern, ein Restrisiko sei aber dennoch vorhanden. Insgesamt sei der Deich in der derzeitigen Verfassung aber ausreichend. Auf die Frage von Herrn StV Koch antwortet Herr Bürgermeister Somogyi weiter, dass Unterhaltungs- und Sicherungsmaßnahmen durchgeführt und dem Ortsbeirat auch zur Kenntnis gegeben worden seien.

Herr StV Thierau fragt nach, ob die Stadt Stadtallendorf wegen unterlassener Verkehrssicherungspflicht derzeit tatsächlich für evtl. Hochwasserschäden haftbar gemacht werden könne. Herr Bgm. Somogyi antwortet, dass er zunächst davon ausgehe, dass der Deich standhalte. Bei dennoch entstehenden Schäden würde die Versicherung der Eigentümer, sofern abgeschlossen, eintreten.

Herr Hütten erläutert, dass in einem Deichabschnitt bereits Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Ein weiterer als der derzeit durchgeführte Kronenrückschnitt bedürfe einer besonderen Genehmigung. Die Bäume seien in den 60er-/70er Jahren angepflanzt worden.

Herr Bgm. Somogyi ergänzt, dass sich das Problem mit dem noch fehlenden Grundstück möglicherweise jetzt lösen lasse und demzufolge nicht mehr so lange wie befürchtet auf die Ertüchtigung des Deiches gewartet werden müsse. Auf Rückfrage von Herrn StV Dziuba hält er allerdings die genaue Festlegung, wann dies geschehen soll, offen.

Herr Ortsvorsteher Fleischhauer dankt der Stadt für das Gutachten, hat aber trotzdem noch Sorgen vor evtl. Überflutung. Er bittet, bei dem Regierungspräsidium darauf hinzuwirken, dass wasserseitig keine Bäume mehr stehen und diese nicht, wie bisher geplant, stehen bleiben können. Noch sei das Verfahren nicht abgeschlossen und Änderungen also möglich. Herr Stadtrat Hahn erklärt auf entsprechende Nachfrage, dass das Wasserwirtschaftsamt nach dem damaligen Stand der Technik selbst die Anpflanzung der Bäume gefordert habe.

Herr StV Koch ist der Auffassung, dass das RP nunmehr das Verfahren zu Ende bringen müsse und bemängelt die überlange Verfahrensdauer. Herr Hütten beschreibt den bisherigen Verfahrensgang. Herr Bgm Somogyi gibt bekannt, dass vom RP eine Entscheidung für das Jahr 2014 in Aussicht gestellt wurde.

Herr Ausschussvorsitzender Runge fasst die Diskussion zusammen. Man wolle in Schweinsberg keine Hochwasserbilder wie z. B. aus diesem Frühjahr in Ostdeutschland sehen. Er hat Verständnis für die Sorgen der Bürger. Man habe daher den Ortsbeirat als Vertreter der Betroffenen eingeladen, um den Wissensstand breit zu fächern. Er bedankt sich bei allen Anwesenden für die rege Diskussion und Herrn Schäfers für den Vortrag.

Herr StV Metz bittet, den Vortrag von Herrn Schäfers dem Protokoll beizufügen (Unter TOP Verschiedenes vorgetragen).

Kenntnisnahme:

Für den Hochwasserschutzdeich in Schweinsberg wurde in der Vergangenheit in Abstimmung mit den zuständigen Behörden beim Regierungspräsidium Gießen ein Konzept zur Ertüchtigung des Deiches erarbeitet. Im Jahre 2011 wurden für den 2. Bauabschnitt dieser Maßnahme die Plangenehmigungsunterlagen beim Regierungspräsidium Gießen eingereicht. Aufgrund der Tatsache, dass ein für die Maßnahme erforderliches landwirtschaftliches Grundstück nicht erworben werden konnte, wurde in der Folge durch die Stadt Stadtallendorf ein Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium beantragt (vgl. Vorlage FB4/2012/0052).

Um die aktuelle Gefahrensituation in Schweinsberg erläutern zu können, führt zurzeit das Fachbüro Sönnichsen & Partner die Sicherheitsprüfung durch, um die Gesamtsituation für die Zeit bis zur Realisierung der Maßnahme beurteilen zu können. Diese beinhaltet eine Überprüfung der baulichen Einrichtungen (Rückschlagklappen etc.) und eine Sichtung des Zustandes (Bewuchs, Durchwurzelung etc.). Desweiteren wird anhand der vorliegenden hydraulischen Daten mit einem Programm aus der Wasserwirtschaft ein Deichbruchszenario durchgeführt, es werden maßgebende Wasserspiegel ermittelt und in Plänen dargestellt. Ein Mitarbeiter des Ingenieurbüros hat den Deich am 16.10.2013 begangen.

Die Ergebnisse der Überprüfung werden am 07.11.2013 in der Fachausschusssitzung in einer Präsentation erläutert.

Abstimmungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 4

Klimaschutzteilkonzept für die kommunalen Liegenschaften von Stadtallendorf, Energetische Untersuchung kommunaler Nichtwohngebäude Vorlage: FB4/2013/0082

Herr Volz erläutert anhand eines kurzen Vortrags das „Teilklimaschutzkonzept für die kommunalen Liegenschaften“ von Stadtallendorf.

Herr StV Dziuba geht auf die Fußnote zur Tabelle auf Seite 25 der Anlage 2 ein. Er ist der Auffassung, dass die Vereinbarkeit mit der Kellerhöhe vorher hätte geprüft werden können.

Herr StV Ryborsch äußert Zweifel daran, ob sich der Aufwand für den zu erzielenden Effekt lohne und bezieht sich dabei vor allem auf die hohen Kosten für das Computerprogramm. Herr Volz erläutert, dass das Bundes-Umweltministerium Zahlen veröffentlichte, nach denen durch das Energiecontrolling bereits 10 – 15 % Ersparnis erzielt werden könne. Diese Aussage sei vor dem Hintergrund der guten Gesamtsituation in Stadtallendorf möglicherweise zu optimistisch. Frau Waldheim erläutert darüber hinaus, dass das Computerprogramm 10.000,00 € gekostet habe.

Herr StV Koch fragt nach, wie lange die staatl. Förderung eines Klimaschutzmanagers laufe. Außerdem möchte er wissen, ob man mit dem Bericht auch gleichzeitig die daraus resultierenden Folgen beschließt. Herr Bgm Somogyi antwortet, dass der Beschlussvorschlag zunächst keine Förderung für einen Klimaschutzmanager beinhaltet. Im Übrigen wolle man in kleinen Schritten vorgehen.

Herr Stadtrat Klapper weist darauf hin, dass auf S. 73 des Berichts noch ausstehende Maßnahmen aufgeführt sind. Herr Volz erläutert, dass das Gebäude „Kinderhort“ in maximal fünf Jahren ohnehin zur Sanierung anstehe. Kurzfristige Maßnahmen, die sich in weniger als fünf Jahren amortisierten, stünden nicht zur Verfügung. Herr Klapper stellt fest, dass es also Gebäude gebe, die energetisch nicht in Ordnung seien.

Herr StV Dziuba weist daraufhin, dass die energetischen Auswirkungen auch auf unterschiedlichen Belegungen der Gebäude beruhen.

Herr StV Thierau bedankt sich bei der Verwaltung für die zügige Vorlage des Konzeptes. Die Funktion des Klimaschutzbeauftragten war ein ausdrücklicher Wunsch u. a. seiner Fraktion. Er stellt allerdings die Frage, ob die Verwaltung diese Aufgaben mit der bestehenden personellen Ausstattung bewältigen kann. Herr Bürgermeister Somogyi entgegnet, dass in der Magistratevorlage die Einrichtung der Stelle eines Klimaschutzbeauftragten nicht aufgeführt sei. Allerdings sei die Wirtschaft einen Schritt weiter, dort gebe es solche Stellen bereits. Der Beschlussvorschlag sieht die Einrichtung einer Arbeitsgruppe vor, die sich der Thematik widmen solle.

Herr Volz weist darauf hin, dass die Ermittlungsmethode der Kosten potentieller Energieeinsparungsmaßnahmen relativ grob sei und so nicht 1 : 1 übernommen werden können. Sie diene lediglich zur Priorisierung. Auf eine entsprechende Frage von Herrn StV Metz antwortet er, dass eine jährliche Steigerung der Energiekosten von 5 % eingerechnet wurde.

Herr StV Thierau hält ein Einsparpotenzial von 10 % für zu niedrig, Herr Volz hält eine vorherige Einschätzung der Einsparung generell für schwierig.

Herr Ausschussvorsitzender Runge bittet für seine Fraktion um Zurückstellung der Vorlage, da noch Gesprächsbedarf bestehe. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten Bericht „Klimaschutzteilkonzept für die kommunalen Liegenschaften“ zur Kenntnis.
2. Die Stadt führt für ihre kommunalen Gebäude und Infrastruktureinrichtung (z. B. Straßenbeleuchtung) ein kommunales Energiecontrolling und Energiemanagement ein, das in Anlehnung an die im Teilkonzept dargestellten Anregungen aufgebaut werden soll.
3. Der Magistrat wird beauftragt, in Anlehnung an die Empfehlung des Teilkonzeptes eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe „Energiemanagement“ mit den ebenda umrissenen Aufgaben einzurichten.
4. Ab dem Berichtsjahr 2014 ist jeweils jährlich nachträglich ein Energiebericht über die städtischen Liegenschaften und Infrastruktureinrichtungen zu erstellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis vorzulegen. Dieser Bericht soll nicht nur die Energieverbräuche und Kosten nach einzelnen Verbrauchsstellen differenziert und in seiner Entwicklung darstellen, sondern darüber hinaus auch die mit diesen Verbräuchen verbundenen Treibhausgasemissionen aufzeigen.
5. Bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen soll jeweils geprüft werden, ob unter Ausnutzung der beschriebenen Förderprogramme wirtschaftliche Maßnahmen umgesetzt werden können, die eine größere Einsparung an klimaschädlichem CO₂ bewirken.

Abstimmungsergebnis: zurückgestellt

Zu 5

Mitteilungen

Termin der nächsten Sitzung des FA 3

Herr Ausschussvorsitzender Runge gibt bekannt, dass die nächste Ausschusssitzung am 05.12.2013 bereits um 18.00 Uhr beginnt, da dies für den Vortragenden zum Thema „Änderung der Friedhofsgebührensatzung“, die Terminwahrnehmung erleichtert. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Zu 6**Verschiedenes****Sachstand der Beteiligung der Bürger an Windenergie.**

Herr StV Koch fragt nach, was aus der Initiative der Stadt geworden sei, die Bürger an den neu aufzustellenden Windrädern zu beteiligen. Herr Ausschussvorsitzender Runge kündigt an, dieses Thema in der nächsten Ausschusssitzung zu behandeln.

Der Vorsitzende**Der Schriftführer****(Runge)****(Schunk)**